

Die Rhein Hessische

Geschäftsbericht 2024



Rhein Hessische
Energie. Natürlich. Gerne.

Die Rhein Hessische.

Inhaltsverzeichnis

Jahresvergleich auf einen Blick	3
Bericht des Aufsichtsrates	4
Mitarbeiter und Soziales.....	5
Lagebericht.....	6
Bilanz zum 31.12.2024	20
Gewinn- und Verlustrechnung	22
Anhang.....	23
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	34

Jahresvergleich auf einen Blick

	Einheit	2024	2023	Veränderung	Veränderung %
Bilanzsumme	T€	78.745,3	77.396,9	1.348,4	1,7
Gezeichnetes Kapital:					
- Ingelheim am Rhein	T€	8.813,5	8.813,5	0,0	0,0
- Thüga Aktiengesellschaft	T€	5.186,5	5.186,5	0,0	0,0
Summe gezeichnetes Kapital	T€	14.000,0	14.000,0	0,0	0,0
Kapitalrücklage	T€	511,3	511,3	0,0	0,0
Rücklagen für Anlagenerhaltung	T€	511,3	511,3	0,0	0,0
Andere Gewinnrücklagen	T€	9.759,9	8.009,9	1.750,0	21,8
Bilanzgewinn	T€	2.305,1	2.307,6	-2,4	-0,1
	T€	27.087,6	25.340,0	1.747,6	6,9
Ausschüttung	T€	2.300,0	2.300,0	0,0	0,0
Eigenkapital nach Ausschüttung	T€	24.787,6	23.040,0	1.747,6	7,6
Investitionen	T€	5.047,2	4.547,8	499,4	11,0
Abschreibungen	T€	3.787,9	3.615,8	172,1	4,8
Jahresüberschuss	T€	4.047,6	2.763,4	1.284,2	46,5
Mitarbeiter	Anzahl	103	100	3,0	3,0
Strom absatz	Mio. kWh	67,3	70,6	-3,3	-4,7
Erdgasabsatz	Mio. kWh	183,7	192,5	-8,8	-4,6
Wasserabsatz	Tsd. cbm	2.249,9	2.248,8	1,1	0,0
Wärm eabsatz	Mio. kWh	8,9	8,5	0,5	5,7
Umsatzerlöse:					
Strom	T€	32.232,9	32.002,5	230,4	0,7
Erdgas	T€	24.020,8	26.364,8	-2.343,9	-8,9
Wasser	T€	5.855,8	5.837,3	18,5	0,3
Contracting	T€	2.100,9	2.012,8	88,1	4,4
Übrige	T€	1.480,6	1.386,3	94,3	6,8
Gesamt	T€	65.691,0	67.603,6	-1.912,6	-2,8
Konzessionsabgabe	T€	2.041,2	2.069,2	-28,1	-1,4

Bericht des Aufsichtsrates

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2024 und der Lagebericht sind durch die RSM Ebner Stolz GmbH & Co. KG, Bonn, die aufgrund des Beschlusses der Gesellschafterversammlung vom 16. Mai 2024 bestellt wurde, geprüft.

Der Bestätigungsvermerk wurde ohne Einschränkung erteilt. Auftragsgemäß sind die Vorschriften des § 6 b Abs. 5 EnWG sowie § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes beachtet worden.

Der Prüfungsbericht gab dem Aufsichtsrat keine Veranlassung zu besonderen Bemerkungen.

Während des Geschäftsjahres 2024 hat sich der Aufsichtsrat in zwei Sitzungen von der Geschäftsführung Bericht erstatten lassen und deren Tätigkeit überwacht. Außerdem wurden ihm unterjährig schriftliche Unterlagen über die Lage und Entwicklung der Gesellschaft zur Verfügung gestellt. Der Aufsichtsrat hat entsprechend seiner satzungsmäßigen Zuständigkeit an den zustimmungsbedürftigen Entscheidungen mitgewirkt.

Dem Aufsichtsrat liegt der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Vorschlag über die Verwendung des Gewinnes vor. Er billigt den von der Geschäftsführung aufgestellten Jahresabschluss.

Dem Vorschlag der Geschäftsführung über die Gewinnverteilung schließt sich der Aufsichtsrat an.

Der Aufsichtsrat dankt der Geschäftsführung, dem Betriebsrat und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Geschäftsjahr 2024 geleistete Arbeit.

Mitarbeiter und Soziales

Auch in 2024 ging es mit der Umstellung auf digitalisierte Abläufe in der Kundenkommunikation weiter voran. Dies stellte die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wieder vor neue Herausforderungen, die ihnen ein hohes Maß an Flexibilität abverlangten und die Bereitschaft, sich in neue komplexe Abläufe einzuarbeiten.

Es kann als Gradmesser der Identifikation mit dem Unternehmen gewertet werden, dass alle erforderlichen Maßnahmen zielorientiert und erfolgreich umgesetzt wurden. In allen Geschäftsfeldern haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wieder dazu beigetragen, die Rheinhessische als dienstleistungsorientiertes Versorgungsunternehmen zu profilieren und Kunden mit Qualität und Einsatzbereitschaft zu binden oder neu zu gewinnen.

Die Servicequalität des Unternehmens ist stets aufs Neue unter Beweis zu stellen. Wenn die Rheinhessische in den Kundenbewertungen immer wieder Spitzenwerte erzielt, zeugt das von einem sowohl innerbetrieblich als auch in der Außenbetreuung hervorragenden Zusammenwirken aller Kolleginnen und Kollegen. Die Geschäftsführung sieht sich daher zu großem Dank verpflichtet und darin bestätigt, das Erreichen der gemeinsamen Ziele durch Motivation und Förderung zu unterstützen.

So blieb auch 2024 die Stärkung von Qualifikation und Kompetenz ein Schwerpunkt unserer Personalpolitik.

Aus- und Weiterbildungsangebote als innerbetriebliche Leistungen wurden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen gerne angenommen.

Insgesamt waren im Berichtsjahr 103 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Rheinhessischen beschäftigt, davon 23 in Teilzeit und fünf Auszubildende.

Die umfangreichen Verwaltungsaufgaben wurden von 74 Personen wahrgenommen, und 23 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen waren 2024 im Betriebsbereich beschäftigt.

Löhne und Gehälter wurden entsprechend den gültigen Tarifvereinbarungen für Versorgungsunternehmen entrichtet.

Die Belegschaft der Rheinhessischen wurde 2024 arbeitsmedizinisch vom Facharzt für Arbeitsmedizin, Dr. med. Alexander Keth begleitet, wobei kontinuierlich gesundheitsfördernde Maßnahmen geprüft und gegebenenfalls veranlasst wurden.

Der sicherheitstechnische Dienst der Versorgungswirtschaft hat auch 2024 die einschlägige Betreuung gewährleistet. In einem fortlaufenden Prozess legt ein Arbeitssicherheitsausschuss die zur Arbeitssicherheit zu ergreifenden Maßnahmen fest.

Neben ihrem beruflichen Engagement waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch 2024 in zahlreichen Vereinen erfolgreich aktiv. Als Unternehmen unterstützen wir soziale und kulturelle Projekte. Damit möchten wir das gesellschaftliche Leben der Region bereichern, ebenso wie wir durch Sponsoring von Vereinen im Sportbereich dazu beitragen wollen, ein breites Angebotsspektrum aufrechtzuerhalten.

Lagebericht

der Rheinhessische Energie- und Wasserversorgungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Ingelheim am Rhein, für das Geschäftsjahr 2024

1. Grundlagen der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Energie- und Wasserversorgung und die Entsorgung, die Errichtung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen und Werke, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen, die Betriebsführung solcher Unternehmen sowie alle damit zusammenhängenden, den Gesellschaftszwecken unmittelbar oder mittelbar dienenden Geschäfte.

Gegenstand ist ferner der Handel mit Strom und Stromprodukten sowie die Erbringung damit verbundener Dienstleistungen. Darüber hinaus handelt die Gesellschaft mit Gas und Gasprodukten wie auch Wärme einschließlich dazugehöriger Dienstleistungen. Zudem ist die Gesellschaft auf dem Gebiet der Wasserversorgung tätig.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und branchenspezifische Rahmenbedingungen

2.1.1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und wirtschaftliches Umfeld

Globale Krisen, eine weiterhin schwächelnde Konjunktur und das Aus der Ampelkoalition – das Jahr 2024 war voller wirtschaftspolitischer Herausforderungen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im Jahr 2024 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 0,2% niedriger als im Vorjahr. Damit ist die deutsche Wirtschaft das zweite Jahr in Folge geschrumpft. 2023 hatte es einen Rückgang von 0,3% gegeben.

Im Jahresdurchschnitt 2024 waren 46,1 Millionen Menschen mit Arbeitsort in Deutschland erwerbstätig. Damit wurde der Vorjahreswert nochmals um 72 000 Erwerbstätige (+0,2 %) übertroffen und ein neuer Beschäftigungshöchststand erreicht.

Der Anstieg der Erwerbstätigkeit verlor aber im Verlauf deutlich an Dynamik und kam gegen Ende des Jahres zum Erliegen. Der Beschäftigungsaufbau fand ausschließlich in den Dienstleistungsbereichen statt, vor allem im Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit. Die Zahl der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe und im Baugewerbe sank dagegen.¹ Im Jahr 2024 betrug die Arbeitslosenquote durchschnittlich rund 6,0% nach 5,7% im Vorjahr.²

Die staatlichen Haushalte beendeten das Jahr 2024 nach vorläufigen Berechnungen mit einem Finanzierungsdefizit von 113 Milliarden Euro. Das waren etwa 5,5 Milliarden Euro mehr als im Jahr 2023. Die Länder, Gemeinden und die Sozialversicherung erhöhten ihr Finanzierungsdefizit, vor allem durch mehr Ausgaben für soziale Sachleistungen und monetäre Sozialleistungen.

¹ Statistisches Bundesamt, Wiesbaden (Stand 15. Januar 2025)

² Statistisches Bundesamt, Wiesbaden (Stand 06. Januar 2025)

Dies lag in erster Linie an höheren Ausgaben für Renten und Pensionen. Erheblich mehr wurde auch für das Pflegegeld und für das Bürgergeld ausgegeben. Dagegen konnte der Bund als einziger Teilsektor sein Defizit verringern. Entlastend wirkte dabei insbesondere, dass die Maßnahmen zur Abmilderung der Energiekrise – vor allem die Gas- und Strompreisbremse – Ende 2023 ausgelaufen sind. Bezogen auf das BIP in jeweiligen Preisen ergibt sich für Deutschland im Jahr 2024 eine Defizitquote von 2,6 %. Diese fällt damit so hoch aus wie im Vorjahr und liegt unterhalb des Referenzwertes von 3,0 % aus dem europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt.³

2.1.2. Entwicklung der Energiemärkte

Nach vorläufigen Berechnungen der AGEb (Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V.) ist der Energieverbrauch in Deutschland im Jahr 2024 gegenüber dem Vorjahr um 1,3% zurückgegangen und hat damit abermals ein historisches Tief seit der Wiedervereinigung erreicht. Gegenüber 1990 ist der Verbrauch an Primärenergie um circa 30% zurückgegangen. Historisch wurde ein Niveau erreicht, das zu Beginn der 1970er-Jahre in den alten Bundesländern gemessen wurde. Im Jahresvergleich 2023 zu 2022 (minus 7,5%) hat sich der Rückgang des Energieverbrauchs allerdings deutlich verlangsamt. Den größten Einfluss hatte die mittlerweile zweijährige Rezession in Deutschland. Das Minus beim Primärenergieverbrauch geht zu einem großen Teil auf den deutlich gesunkenen Einsatz von Braun- und Steinkohle zurück.

Der Beitrag der erneuerbaren Energien erhöhte sich 2024 insgesamt um 1,6%. Damit haben sie einen Anteil von knapp 20% am gesamten Energiemix. Der Zuwachs geht vor allem auf das Plus bei der Erzeugung von Strom aus Photovoltaik-Anlagen und Wasserkraftwerken zurück. Die Windstromerzeugung bleibt wetterbedingt auf Vorjahresniveau. Die Erneuerbare-Stromerzeugung legte um 4% zu. Der Einsatz erneuerbarer Energien in der Wärmeerzeugung sank dagegen um etwa 2%. Grund dafür war die warme Witterung. 2024 war das erste Jahr, in dem das globale Klima im Durchschnitt mehr als 1,5 Grad wärmer war als in vorindustriellen Zeiten. Damit ist es auch das wärmste Jahr seit Beginn der Messungen.

Die energiebedingten CO₂-Emissionen nahmen nach den vorläufigen Berechnungen um 17 Mio. Tonnen ab, vor allem wegen der geringeren Kohleverbrauchs. Das entspricht einer Reduktion um mehr als 3% gegenüber dem Vorjahr. Zu einer gleichen Einschätzung kam im Übrigen auch die Experten der Agora Energiewende.

Im letzten Jahr wurde mehr Strom aus dem Ausland bezogen als umgekehrt aus Deutschland ins Ausland abfließen. Damit war Deutschland wie schon 2023 Netto-Importeur von Strom. Der aktuelle Importüberschuss ist ein Zeichen für einen funktionierenden europäischen Binnenmarkt, betonen die Experten der AG Energiebilanzen. „Höhere Stromimporte bedeuten weder eine Abhängigkeit vom europäischen Ausland, noch weisen sie auf inländische Knappheit hin“, heißt es in ihrer Auswertung.

Der Verbrauch an Steinkohle nahm um 12,5% ab. Grund dafür ist, dass wegen der insgesamt gesunkenen Stromerzeugung, mehr Strom aus erneuerbaren Energien und höherer Importe die Verstromung von Steinkohle um gut ein Drittel sank. Der Absatz an die Eisen- und Stahlindustrie erhöhte sich dagegen wegen der gestiegenen inländischen Roheisenproduktion um knapp 4%.

³ Statistisches Bundesamt, Wiesbaden (Stand 15. Januar 2025)

Der Verbrauch von Braunkohle nahm um 10,6% ab. Der Rückgang spiegelt die steigende Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien und die Verringerung der Braunkohle-Stromerzeugungskapazitäten im Zuge des fortschreitenden Kohleausstiegs wider.

Der Erdgasverbrauch lag gut 3% Prozent höher als im Vorjahr. Dies ist vor allem auf das gesunkene Preisniveau zurückzuführen. Insbesondere energieintensive Industriezweige erhöhten 2024 ihren Erdgaseinsatz. Aber auch Haushalte sowie Verbraucher im Sektor Gewerbe, Handel und Dienstleistungen verbrauchten etwas mehr Erdgas. Die Stromerzeugung aus Erdgas lag mit 1% im Plus, die Fernwärmeerzeugung aus Erdgas nahm um 3% zu.⁴

Die öffentliche Nettostromerzeugung in Deutschland hat 2024 einen Rekordanteil erneuerbarer Energien von 62,7% erreicht. Bei der Solarstrom-Erzeugung wurde ein neuer Bestwert erzielt, auch der Ausbau der Photovoltaik liegt weiterhin über den Zielen der Bundesregierung. Da die Erzeugung aus Braun- und Steinkohle ihren Verbrauchsrückgang der letzten Jahre fortsetzen, war der deutsche Strommix so CO₂-arm wie nie zuvor.

2024 war in Deutschland das erste volle Jahr ohne eigene Stromerzeugung aus Kernkraft seit 1962, nachdem im April 2023 die letzten drei Atomkraftwerke Emsland A, Neckarwestheim 2 und Isar 2 abgeschaltet wurden. In ihrem letzten Betriebsjahr hatten diese 6,3% der öffentlichen Stromerzeugung geliefert. Dies wurde durch die Erzeugung aus erneuerbaren Energien energetisch ersetzt.⁵

Die Marktbewegungen im Einzelnen:

Erdgas:

Alles in allem kam es am Großhandelsmarkt Erdgas in 2024 gegenüber dem Vorjahr zu einem Preisanstieg. Dabei sah es anfangs noch nach einer Fortsetzung des Abwärtstrends aus 2023 aus. Ende Februar wurde ein Niveau erreicht, das zuletzt in 2021 und somit vor Beginn, der durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ausgelösten Energiekrise zu beobachten war. Neben einer markttechnischen Übertreibung war der milde Witterungsverlauf im Winterhalbjahr 2023 / 2024 die Hauptursache. Ende März lag der Füllstand der deutschen Gasspeicher noch bei stolzen 65%. Entsprechend niedrig war die Nachfrageerwartung zur Wiederbefüllung im Sommerhalbjahr. Gleichwohl kam es nach einer Stabilisierung im Anschluss zu einer Kehrtwende in Richtung Oberseite. Im April wurden die Hochs vom Jahresanfang überlaufen. Nach einer Entspannung dominierten im Mai erneut Aufwärtssimpulse. Der Krieg im Gaza-Streifen, beständige russische Angriffe auf die ukrainische Energieinfrastruktur und eine stärkere asiatische LNG-Nachfrage durch erste extreme Hitzewellen in der Region sowie ein reduziertes Angebot durch norwegische Wartungsarbeiten waren die Preistreiber. Ende Juni gesellte sich das 14. Sanktionspaket der EU gegenüber Russland hinzu. Mit den Maßnahmen wurde der Handel mit russischem Flüssiggas (LNG) über Europa erstmals eingeschränkt. Ein Importstopp, wie ihn das Europaparlament forderte, war allerdings nicht vorgesehen. Stattdessen wurde das Umladen von russischem LNG in europäischen Häfen für die Weiterleitung in andere Regionen der Welt untersagt. Auch EU-Investitionen in Flüssiggasprojekte in Russland soll es künftig nicht mehr geben. In diesem Zusammenhang sorgte das Risiko einer einseitigen

⁴ AG Energiebilanzen e.V. (AGEB) vom 14. Januar 2025 (Datenstand: 18.12.2024)

⁵ Fraunhofer ISE (02. Januar 2025)

Versorgungsunterbrechung durch Russland im Transit durch die Ukraine nach Süd-Ost-Europa für Nervosität. Nach einer Sommerflaute ging es im August abermals auf neue Jahreshochstände aufwärts. Neben Gefahren vor einer zunehmenden Eskalation im Nahen Osten führte das Vordringen ukrainischer Truppen auf russisches Territorium in der Region Kursk zu Verunsicherung. Mitte September überraschte dann ein kurzfristiger Absturz. Allerdings erwiesen sich die Gerüchte über zukünftige aserbaidjanische Gaslieferungen durch die Ukraine als Ersatz für russische Lieferungen als Medienente. Durch das Dementi rückten die dominierenden Angebotssorgen schnell wieder in den Vordergrund. Hinzu gesellten sich das ungewisse Ergebnis der US-Präsidentenwahl Anfang November, der Temperaturverlauf im anstehenden Winterhalbjahr, die tatsächlichen Auswirkungen am Markt, wenn spätestens Anfang 2025 durch den auslaufenden Gas-Transit-Vertrag zwischen Russland und der Ukraine kein russisches Pipelinegas mehr in die EU fließt. Mitte November eskalierte schließlich der seit dem Sommer schwelende Preisstreit zwischen der russischen Gazprom und dem österreichischen Energiekonzern OMV, der in einen sofortigen Lieferstopp der russischen Erdgaslieferungen mündete. Die Internationale Handelskammer hatte der OMV rund 230 Mio. Euro Schadenersatz plus Zinsen zugesprochen – eine Summe, die in etwa der monatlichen Rechnung entspricht, die die OMV für Gaslieferungen an Gazprom zahlt. Nachdem die OMV ankündigte, die Entschädigung mit ausstehenden Zahlungen verrechnen zu wollen, stellte Gazprom die Gaslieferungen ein. Das Paradoxe war nur, dass die russischen Gaslieferungen durch die Ukraine in Richtung Süd-Ost-Europa in unveränderter Höhe anhielten. Experten nehmen an, dass die ursprünglich für die OMV vorgesehenen Mengen über die Börse oder andere Marktteilnehmer verkauft werden. Zum Jahresende wechselten sich unterschiedliche Wetterprognosen ab. Von zu mild bis zu kalt war alles dabei. Letztendlich war ein saisonüblicher Temperaturverlauf das Ergebnis. Entsprechend lag die Gasnachfrage über Vorjahresniveau. Das Jahresband 2025 beendete seine Handelsperiode Ende Dezember mit einem Jahreshoch bei 46,724 €/MWh nach einem Tief im Februar € 27,408 €/MWh.⁶

Auch die CO₂- und Kohlepreise starteten das Kalenderjahr 2024 mit Rückgängen, die Ende Februar einen Boden fanden. Die EUAs verloren dabei in der Spitze gut 32% an Wert. Belastend wirkte aufgrund der Konjunkturflaute eine schwache industrielle Nachfrage, die milde Witterung und beständige Short-Positionen spekulativer Marktteilnehmer. Ab Anfang März setzte dann eine Gegenbewegung ein, die Ende Mai zu einer kompletten Korrektur der Kursdelle vom Jahresauftakt führte. Unter teils volatilen Schwankungen kam es dann bis Ende des Jahres wieder zu tendenziellen Rückgängen. Der im Mai 2022 ins Leben gerufene Plan REPowerEU ließ die Kurse nicht in die Höhe wachsen. Bis August 2026 sollen über das Vorziehen von Auktionsvolumina Einnahmen von insgesamt 20 Milliarden Euro erzielt werden. Dies soll der EU vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine helfen, Energie zu sparen, saubere Energie zu erzeugen und ihre Energieversorgung breiter aufzustellen. Der Dec 24er Kontrakt beendete seine Handelsperiode Mitte Dezember bei 63,32 €/t, nach einem Hoch Anfang Januar bei 77,35 €/t und einem Tief Ende Februar bei 52,21 €/t.

Deutlich verhaltener fiel das anfängliche Minus am Kohlemarkt aus. Mit der Erholung am CO₂- und Erdgasmarkt Ende des ersten Quartals ging es auch am Kohlemarkt aufwärts. Im Anschluss kam es dann zu einer Seitwärtsbewegung auf hohem Niveau. Mit dem begonnenen Kohleausstieg in der EU ist eine kontinuierliche Abnahme der Nachfrage und der Marktliquidität verbunden. Häufig kamen die Marktpulse aus dem pazifischen Becken. In Asien spielt die Kohle immer noch eine zentrale Rolle in der Stromerzeugung. Das Kohlefuture 2025 ging mit

⁶ CKE Rückblick

einem Schlusskurs bei 113,66 \$/t aus dem Handel, nach einem Tief bei 89,17 \$/t und einem Hoch bei 130,82 \$/t.⁷

Strom:

Wesentlicher Taktgeber der Strompreisentwicklung war abermals der Gas- und CO₂-Markt. Da Strom neben den Witterungsbedingungen weitestgehend ein Derivat der Entwicklung der relevanten Rohstoffwerte ist, sei auf eine Wiederholung der oben genannten Zusammenhänge verzichtet. Ein Bild sagt bekanntlich mehr als tausend Worte. In Zahlen: Nach einem Jahrestief im Frontjahresfuture 2025 Ende Februar bei 68,55 €/MWh und einem Hoch Ende November bei 102,12 €/MWh lag der Jahresschlusskurs bei 98,31 €/MWh. Im Vergleich hierzu mittelte am Spotmarkt der Phelix Base in 2024 bei 79,57 €/MWh. Die hohe Risikoprämie für die Zukunft ist Ausdruck der bestehenden Sorgen vor Angebotsengpässen und der Unsicherheit der weiteren Entwicklung der zahlreichen geopolitischen Risiken.⁸



2.1.3. Allgemeine Geschäftsentwicklung

In fortgesetzter Folge unterstützt die Rheinhessische seit Jahren aktiv die Klimaschutzziele des kommunalen Gesellschafters Stadt Ingelheim. Investitionen in technische Neuerungen bringen die Energienetze auf den neuesten Stand und stellen die Aufnahme regenerativ erzeugter Energie sicher. Der im Sommer 2014 mit einer Leistung von 18 Megawatt in der naheliegenden Region Hunsrück an das Netz angeschlossene Windpark verrichtete im Jahr 2024 sein zehntes volles Betriebsjahr. Aufgrund des Winddargebots in 2024 wurde die erwartete Stromproduktion übertroffen. Betreiber ist ein Konsortium, zu dessen drei Partnerunternehmen eine Bürgerbeteiligung von über 450 Personen zählt.

Aufgrund von erhaltenen Konzessionen zum Betreiben der Strom- und Gasnetze der Stadt Bingen am Rhein wurde im Jahr 2015 gemeinsam mit den Stadtwerken Bingen, die Bingen Netz

⁷ CKE Rückblick

⁸ CKE Rückblick

GmbH Co. KG gegründet. Zum 01.01.2020 wurde ein Teil der Stromnetze in Bingen übernommen. Die Herausgabeklage für die übrigen Netze wurde mangels Aussicht auf Erfolg zurückgenommen.

Langfristig ausgelegte Beschaffungsstrategien im Strom- und Gashandel führten im eigenen Netzgebiet zu einem Preisnachteil gegenüber dem Wettbewerb. Kundenverluste resultierten daraus. Die Wiederaufnahme der Neukundenakquise über das Grundversorgungsgebiet hinaus konnte die Kundenverluste aus gekündigten Lieferverträgen des Vorjahres nicht kompensieren.

Für die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben für das Bestandskundengeschäft wurde sowohl das bestehende Personal als auch die verfügbaren IT-Lösungen in bisher nicht bekanntem Maße beansprucht.

Das Versorgungsgebiet unserer Gesellschaft bleibt im Berichtsjahr unverändert zum Vorjahr.

Die Gesellschaft versorgt seit Gründung der Rheinhessischen im Jahr 1954 die Stadt Ingelheim am Rhein mit Strom, Gas und Wasser, seit 2020 drei Ortsteile von Bingen mit Strom sowie seit 2022 die Stadt Gau-Algesheim mit Gas. Das Versorgungsgebiet umfasst eine Fläche von 10.059 ha mit 46.702 Einwohnern. Im Berichtsjahr war die Strom-, Gas- und Wasserversorgung jederzeit sichergestellt.

Das Stammkapital und seine Anteilsverhältnisse blieben gegenüber dem Vorjahr dem Grunde nach unverändert. Vom Stammkapital in Höhe von 14,0 Mio. € hält die Stadt Ingelheim am Rhein 62,95 % und die Thüga Aktiengesellschaft, München, 37,05 %.

Zweck unserer Gesellschaft ist die Versorgung von Kunden mit Energie und Wasser. Hierzu übt die Rheinhessische folgende Tätigkeiten im Sinne des EnWG aus:

- Elektrizitätsverteilung
- Andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors
- Gasverteilung
- Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors
- Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors

2.2. Wirtschaftliche Entwicklung

2.2.1. Ertragslage

Gesamtunternehmen

Das Jahresergebnis 2024 von 4.048 T€ übersteigt das Niveau des Vorjahres um 46,5 % (Vorjahr: 2.763 T€). Es erfüllt die Erwartungen des Unternehmens in einem derzeit sehr volatilen Umfeld, ist dabei aber stark geprägt durch Effekte, die nicht nachhaltig zu Ertragszuwächsen führen. Im Vordergrund des Unternehmens steht dennoch weiter der Grundsatz der Nachhaltigkeit, ergänzt um das notwendige Maß an neuen Innovationen. Die strategische Ausrichtung trägt den sich stetig wandelnden Herausforderungen aus den Märkten, der Regulierung und den technischen Fortschritten Rechnung.

Stromversorgung

Zum 01.01.2024 waren sinkende Strombezugskosten und leicht fallende Umlagen und Abgaben zu verzeichnen, weshalb in den Allgemeinen Preisen und Sonderverträgen zunächst deutliche Preissenkungen kommuniziert werden konnten. Durch den Wegfall des Zuschusses für Übertragungsnetzbetreiber mussten die Netzentgelte allerdings nochmals nach oben angepasst werden, was eine erneute Preisanpassung im Frühjahr erforderlich machte. Die Umsatzerlöse sind kostenbedingt um 13,2 % auf TEUR 20.396 gesunken.

Eine Positionierung auf Energievergleichsportalen hat aufgrund des wieder eingesetzten aggressiven Wettbewerbs nicht stattgefunden. Die Vermarktung außerhalb des eigenen Netzes fand lediglich über Soziale Medien und die eigene Homepage statt. Die Lieferung von Strom in fremde Netze sinkt daher um 9,39 %.

Die transportierten Netzmengen an Strom bilden den Bedarf in den Netzgebieten der Rheinhessischen ab und sind trotz der leicht höheren Ausspeisungen an Lastprofilkunden rückläufig aufgrund des Minderbedarfes bei Lastgangkunden.

Gasversorgung

Die Versorgung der wärmegeführten Kunden im eigenen Netzgebiet hat einen hohen Anteil am gesamten Erdgasabsatz. Im Jahr 2024 sank die Gesamtabgabe um 4,3 % durch sich verstetigende Verbrauchseinsparungen auf Kundenseite. Kostensteigerungen aus Netzentgelten standen deutlich gesunkenen Bezugskosten gegenüber, weshalb Preissenkungen in den Allgemeinen Preisen und in den Sonderverträgen ausgesprochen werden konnten. Die temporäre Senkung der Umsatzsteuer endete zum 31.03.2024. Die Umsatzerlöse sind kostenbedingt um 11,72 % auf TEUR 20.206 gesunken.

Analog zur Stromversorgung ging durch eingeschränkte Wiederaufnahme der Vermarktung die Absatzmenge in fremden Netzen weiter zurück (- 11,07 %).

Bei der Ausspeisung von Gas an Lastprofilkunden in den Netzgebieten des Unternehmens konnte genau wie bei Lastgangkunden ein Anstieg verzeichnet werden. Insgesamt ist daher die Gasausspeisung um 12,1 % angestiegen.

Wasserversorgung

Der Wasserabsatz ist gegenüber dem Vorjahr um 0,1 % rückläufig. Im Berichtsjahr wurden 1.632.258 m³ Trinkwasser (Vorjahr: 1.403.971 m³) mittels eigener Wassergewinnungsanlagen gefördert. Das sind 68,84 % (Vorjahr: 57,9 %) der gesamten Wasserbereitstellung. Der Bezug der restlichen Wassermengen erfolgte durch ortsnahe Zulieferer. Die Umsatzerlöse sind marginal um 0,3 % auf TEUR 5.731 gestiegen.

2.2.2. Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanz per 31.12.2024 schließt mit einer Summe von 78,7 Mio. € (Vorjahr: 77,4 Mio. €) ab und weist in Übereinstimmung mit der Jahreserfolgsrechnung für den Zeitraum 1.1. bis 31.12.2024 einen Bilanzgewinn von 2.305 T€ (Vorjahr: 2.308 T€) aus. Das Eigenkapital beträgt

34,4 % der Bilanzsumme (Vorjahr: 32,7 %). Das Anlagevermögen ist in Höhe von 48,4 % (Vorjahr: 46,2 %) durch Eigenkapital gedeckt und entspricht 71,0 % (Vorjahr: 70,9 %) der Bilanzsumme.

Investitionen

Im Jahr 2024 wurden Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen in Höhe von 5.047 T€ (Vorjahr: 4.149 T€) getätigt. Von den Zugängen zu Gegenständen des Anlagevermögens entfallen auf:

Immaterielle	674.099 €
Stromversorgung	2.341.460 €
Gasversorgung	449.440 €
Wasserversorgung	1.093.472 €
Wärmeversorgung	2.237 €
Gemeinsame und sonstige Anlagen	486.480 €
Investitionen	5.047.188 €

Die Investitionen entfallen mit 2.517 T€ auf die Elektrizitäts- und mit 623 T€ auf die Gasverteilung.

Die Finanzierung der Investitionen erfolgte durch Fremdmittel in Höhe von 2,5 Mio. €. Für die Restbeträge stand der operative Cash-Flow zur Verfügung.

2.2.3. Entwicklung der Tätigkeiten

Die Bilanz der Elektrizitätsverteilung schließt per 31.12.2024 mit einer Summe von 19.272 T€ (Vorjahr: 18.235 T€) ab und weist in Übereinstimmung mit der Jahreserfolgsrechnung für den Zeitraum 1.1. bis 31.12.2024 einen Bilanzverlust von 38 T€ (Vorjahr: Bilanzgewinn 249 T€) aus.

Die Bilanz der Gasverteilung schließt per 31.12.2024 mit einer Summe von 11.888 T€ (Vorjahr: 12.133 T€) ab und weist in Übereinstimmung mit der Jahreserfolgsrechnung für den Zeitraum 1.1. bis 31.12.2024 einen Bilanzgewinn von 162 T€ (Vorjahr: Bilanzverlust 77 T€) aus.

Die Ergebnisse sind durch regulatorische Vorgaben und Mengeneffekte beeinflusst.

2.2.4. Geschäftsverlauf und Gesamtaussage

Der Geschäftsverlauf, der mit einem Jahresüberschuss von 4.048 T€ (Vorjahr: 2.763 T€) abschließt, entspricht unseren Erwartungen von 2,7 Mio. €, ist aber von nicht nachhaltigen Sondereffekten geprägt.

3. Finanzielle und Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

3.1. Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Steuerung der Gesellschaft erfolgt über zahlreiche finanzielle Leistungsindikatoren. Dazu gehören insbesondere die Umsatzerlöse und das Jahresergebnis.

Die Umsatzerlöse verringerten sich von 67.604 T€ auf 65.691 T€. Der Rückgang der Erlöse konnte teilweise mit geringen Kosten ausgeglichen werden. Insbesondere führte aber ein stark gestiegenes Finanzergebnis in Verbindung mit rückläufigen Ertragsteuern zu einem auf 4.048 T€ angestiegenen Jahresüberschuss.

Das Controlling der Gesellschaft stellt der Geschäftsführung in einem regelmäßigen Reporting und in Prognoserechnungen sowie in darüberhinausgehenden Analysen ein umfassendes Bild der wirtschaftlichen Situation sowie der zukünftigen Entwicklung bereit.

3.2. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Qualitäts-, Umwelt- und Energiemanagementsystem

Die Sicherstellung einer reibungslosen Energie- und Wasserversorgung nach den Anforderungen unserer Kunden wird auch zukünftig die Hauptaufgabe der Gesellschaft bleiben. Zur Qualitätssicherung und zur Berücksichtigung der Umweltkriterien hat die Rheinhessische ein umfassendes Managementsystem nach den Normen DIN EN ISO 9001:2015 und DIN ISO 14001:2015 eingeführt. Die Systeme werden jährlich durch den TÜV Rheinland Cert GmbH, Köln, auditiert. Im Rhythmus von 3 Jahren erfolgen die Rezertifizierungen. Sie wurden im Jahr 2024 erneut erteilt. Zur Zertifizierung gehört, dass die Mitarbeiter entsprechend den betrieblichen Anforderungen geschult sind.

Technisches Sicherheitsmanagement (TSM und Informations-Sicherheits-Management-System (ISMS)

Im Jahr 2021 erfolgte die Bestätigung des Technischen Sicherheitsmanagements durch die beiden Berufsverbände VDE und DVGW. Zur Umsetzung des IT-Sicherheitsgesetzes wurde auf Basis des IT-Sicherheitskataloges der Bundesnetzagentur im Jahr 2017 ein Informations-Sicherheits-Management-System (ISMS) auf Basis der ISO/IEC 27001 ff eingeführt und 2018 erfolgreich zertifiziert. Nachfolgende Überwachungs- und Rezertifizierungsaudits durch die TÜV Austria Deutschland GmbH zum Erhalt des Zertifikats, bestätigen auch in diesem Jahr die Wirksamkeit des ISMS.

Die IT-Sicherheitslage in Deutschland bleibt laut dem aktuellen Bericht des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) weiterhin angespannt. Zur nachhaltigen Erhöhung des Sicherheitsniveaus in kritischen IT-Umgebungen ist die Weiterentwicklung des ISMS unabdingbar. Insbesondere strukturierte Maßnahmen wie die gezielte Schulung von Mitarbeitenden gemäß ISO/IEC 27001:2023, tragen zu einem hohen Maß an Sicherheitsbewusstsein bei. Die konsequente Umsetzung sicherheitsrelevanter Maßnahmen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit.

Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz

Die Mitarbeiter der Rheinhessischen wurden 2024 vom Facharzt für Arbeitsmedizin Dr. med. Alexander Keth arbeitsmedizinisch sowie durch die DVGW-S&C, Service und Consult GmbH sicherheitstechnisch betreut. Die gesundheitsfördernden Maßnahmen werden in regelmäßigen Sitzungen des Arbeitssicherheitsausschusses verfolgt. Daneben legt der Arbeitssicherheitsausschuss die zu ergreifenden Maßnahmen hinsichtlich der Arbeitssicherheit in einem fortlaufenden Prozess fest.

Kontinuierlicher Verbesserungsprozess

Das von der Gesellschaft kontinuierlich fortgeführte Qualitäts- und Umweltmanagementsystem wird regelmäßig intern sowie extern durch die TÜV Rheinland Cert GmbH auditiert. Ergebnisse der Auditierung sowie erkannter Veränderungsbedarf fließen in einen Maßnahmenplan ein und sichern einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess im Unternehmen.

Aus- und Weiterbildung

Um dem wachsenden Wandel der Energiewirtschaft Rechnung zu tragen, nehmen unsere Mitarbeiter regelmäßig an fachspezifischen Seminaren und Weiterbildungen teil. Mit flexiblen Vereinbarungen ermöglicht die Rheinhessische ihren Mitarbeitern auch ein Studium parallel zur Arbeit. Daran beteiligt sich die Rheinhessische durch Freistellungen und der Übernahme von Studiengebühren.

Vertragsverpflichtungen

Die Vertragsverpflichtungen aus den Konzessionen zur Nutzung öffentlicher Wege gegenüber der Stadt Ingelheim konnten erfüllt werden.

4. Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

4.1. Risikomanagement

Vor dem Hintergrund der Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) und den im Zuge der Liberalisierung wachsenden Risiken innerhalb der Energiewirtschaft hat die Gesellschaft eine alle Bereiche des Unternehmens umfassende Risikoinventur durchgeführt, die Risiken bewertet und dokumentiert. Insbesondere bestehen Ertragsrisiken aus der staatlichen Regulierung der Netzbewirtschaftung und dem zunehmenden Wettbewerb auf den Energiemärkten.

Im Rahmen einer systematischen Risikoerhebung werden alle wesentlichen Risiken identifiziert, analysiert und überwacht, mit dem Ziel, möglichst frühzeitig geeignete Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. Die laufende Kommunikation der Risiken zwischen der Geschäftsführung und den Organisationseinheiten erfolgt regelmäßig. Hierbei wird die Risikosituation diskutiert und bewertet und es werden entsprechende Gegenmaßnahmen eingeleitet.

Unternehmerisches Handeln birgt neben Risiken auch Chancen. Ein strategisches Ziel besteht in der Identifikation und Realisierung unternehmerischer Chancen und weiterer Perspektiven in

neue Geschäftsfelder. Die Rheinhessische hat ihre Chancen quantifiziert und in einem Verzeichnis als Leitlinie für die Zukunft zusammengefasst.

In den Bereichen Strom- und Gasversorgung liegt der Risikofokus auf den Beschaffungs- und Absatzrisiken. Die Überwachung und Steuerung der Risikopositionen im Beschaffungs- und Absatzmarkt wird neben internen Kontrollmechanismen von einem externen Controlling durchgeführt und erfolgt auf Grundlage eines adäquaten Risikohandbuchs.

Aus der Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios ergaben sich jedoch keine bestandsgefährdenden Rückschlüsse.

4.2. Ausblick

Der generelle Ausblick an den Großhandelsmärkten für 2025 ist abermals vage. Die Entwicklung der geopolitischen Risiken (Ukraine, Naher Osten, China-Taiwan, Nord-Korea) sowie die Inflations-, Zins- und Konjunkturentwicklung werden die beherrschenden Themen sein. Hinzu gesellt sich der neue Politikstil aus den USA nach der abermaligen Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten. Den Anfang machten bereits zahlreiche Dekrete zu seinem Amtsantritt am 20. Januar und die am 1. Februar verhängten Zölle gegenüber Mexiko, Kanada und China. Die kommenden vier Jahre dürften gespickt sein mit weiteren Überraschungen.

Mit dem Ergebnis der Bundestagswahl am 23. Februar wurde die Ampelkoalition abgelöst und es kam zu einer Neuauflage der Großen Koalition aus CDU und SPD. Unter anderem wurde ein Förderprogramm für die Wirtschaft beschlossen, um Deutschland aus der Rezession der letzten Jahre zu führen. Von der Bundesregierung "Wachstumsbooster" oder "Investitionsbooster" genannt, soll es Unternehmen steuerlich entlasten. Das Investitionsprogramm sieht dreierlei Steuerentlastungen für Unternehmen vor: Geplant sind etwa Sonderabschreibungen für Elektrofahrzeuge, Abschreibungen auf Maschinen und Anlagen sowie eine ab 2028 stufenweise sinkende Körperschaftsteuer. Energiepolitisch wird die Gasspeicherumlage zum 1. Januar 2026 abgeschafft. Dies soll Betriebe und Privathaushalte entlasten. Die Versorgungssicherheit in Deutschland wird durch diversifizierte Importe und LNG-Kapazitäten als gesichert eingestuft. Weitere im Koalitionsvertrag gemachte Versprechen sind vorerst gescheitert. Dies gilt insbesondere für die Stromsteuer. Sie sinkt erst einmal nur für das produzierende Gewerbe sowie für die Land- und Forstwirtschaft. Weitere Erleichterungen der Energiekosten für Unternehmen sind in der Planung. Kurzfristig hat die Umsetzung einer Obergrenze für Industriestrompreise Priorität, die derzeit mit der Europäischen Kommission verhandelt werde, um sicherzustellen, dass jede Beihilfe den EU-Regeln entspreche, so Wirtschaftsministerin Katherina Reiche am 8. Oktober. Ein zentrales Anliegen der Ministerin ist, dass der Netzausbau in den vergangenen Jahren nicht mit dem Ausbau erneuerbarer Erzeugung Schritt gehalten habe. Das führe dazu, dass Strom oft weit entfernt vom Verbrauchsort erzeugt werde und Speichermöglichkeiten sowie Transportwege unzureichend seien. Deshalb strebe sie den Bau neuer Gaskraftwerkskapazitäten an und die Umstellung auf eine Kapazitätsmarktstruktur, um die Grundlast zu sichern, wenn die Erzeugung aus Erneuerbaren einbricht – kurz- und mittelfristig kaum realisierbare Projekte.⁹

⁹ CKE Einschätzung (Stand 13. Oktober 2025)

Ausblick Erdgas

Der kühlere Witterungsverlauf im Winterhalbjahr 2024/2025 hat gegenüber den Vorjahren zu einer deutlichen Abnahme der Gasspeicherbestände geführt. Dies lässt auf eine deutlich höhere Nachfrage zur Wiederbefüllung im Sommer schließen. Zudem müssen die seit Jahresanfang nicht mehr zur Verfügung stehenden letzten russischen Gaslieferungen im Transit durch die Ukraine in Richtung der EU kompensiert werden. Ob sich die Ankündigung vom neuen US-Präsidenten, die Öl- und Erdgasproduktion auszuweiten, bereits in einem erhöhten Angebot auf den Weltmärkten im laufenden Jahr widerspiegelt, bleibt abzuwarten. Mit einem massiven Preiseinbruch, beispielsweise an die Tiefststände im letzten Jahr, ist nicht zu rechnen. Gleichwohl gehören die Schlagwörter zu Hochzeiten der Energiekrise wie „Gasmangellage“, „Versorgungsengpass“ und „Gaslieferstopp“ der Vergangenheit an.

Neben dem Wetter bleiben die Entwicklungen geopolitischer Risiken und mögliche Einwirkungen auf die europäische kritische Infrastruktur Unsicherheitsfaktoren. In Erinnerung sind die mittlerweile zahlreichen Sabotageaktionen auf Gas- und Datenleitungen in der Ostsee. Alle wissen, wie wenig Puffer die europäische Gasversorgung hat und wie sehr sie darauf angewiesen ist, dass die Infrastruktur überall funktioniert. Würden Gas-Pipelines aus Norwegen in der Nordsee beschädigt oder fallen die USA als wichtigster LNG-Lieferant durch einen Zollkrieg mit der EU im schlimmsten Fall aus, dürfte Europa vor erheblichen Herausforderungen stehen. Nach wie vor ist davon auszugehen, dass Akteure wie Russland ein Interesse daran haben, Europa zu schaden.¹⁰

Ausblick Strom

Die nachgebenden stromrelevanten Rohstoffwerte im ersten Quartal letzten Jahres haben auch am Strom-Großhandelsmarkt zu Rückgängen geführt. Begleitet wurde die Entwicklung durch eine rekordhohe Stromproduktion aus erneuerbaren Quellen. Erstmals lag im Jahr 2024 der Anteil regenerativen Stroms am Gesamtverbrauch bei über 55 %. Gleichwohl sorgte insbesondere der Turnaround am Gasmarkt im vierten Quartal für die Jahreshochs.

Eine Prognose für 2025 fällt schwer, nicht zuletzt durch die Ende Februar erfolgte Bundestagswahl und einer möglicherweise einhergehenden Änderung der energiepolitischen Ausrichtung. Die Kraftwerksstrategie, deren Ziel es ist, bis 2035 regelbare, wasserstofffähige Kraftwerke mit einer ans Netz zu bringen, ist mit dem Ampel-Aus im November nicht mehr zur Umsetzung gekommen.

Da gerade das Handelsprodukt Strom durch eine Reihe von multivariablen Einflussgrößen bestimmt wird, ist die Preisentwicklung in hoher Abhängigkeit mit der weiteren Entwicklung der stromrelevanten Rohstoffe an den Großhandelsmärkten zu sehen. Dabei wird auch das Wetter mit Blick auf die regenerative Erzeugung eine Rolle spielen. Die Stromfutures sollten wie zuletzt im oberen zweistelligen Bereich verharren. Niveaus aus dem ersten Quartal 2024 dürften außer Reichweite liegen.¹¹

¹⁰ CKE Einschätzung (Stand 03. Februar 2025)

¹¹ CKE Einschätzung (Stand 03. Februar 2025)

Zusammenfassung

Die Rezession in Deutschland und der anhaltend eingetrübte Wirtschaftsausblick sowie die immer noch vergleichsweise hohen Energiekosten lassen keine deutliche Zunahme des Energieverbrauchs erwarten. Die E-Mobilität ist ins Stocken geraten und der in 2023 noch florierende Wärmepumpenmarkt ist regelrecht eingebrochen. Dennoch werden die Erneuerbaren den Energiesektor in den kommenden Jahren weiterhin entscheidend wandeln. Dieser Transformationsprozess zu emissionsfreien Erzeugungsarten sowie strukturelle wirtschaftliche Veränderungen werden sich mit einer schwächeren Nachfrage nach fossilen Brennstoffen auswirken. Eine Rolle rückwärts in der Energiewende unter der neuen Bundesregierung ist schwer vorstellbar. Hinzuweisen ist allerdings auf anhaltend hohen Investitionsbedarf – alleine beim Netzausbau. Entsprechend werden seit Jahresanfang höhere Netzentgelte und Abgaben erhoben.

Verteilnetze

Stromnetz- und Messstellenbetreiber stehen in Deutschland vor einer Vielzahl komplexer Herausforderungen, die durch die Energiewende, Digitalisierung und regulatorische Anforderungen gegeben sind.

Stromnetzbetrieb

Nachdem die Netze, einst für zentrale Großkraftwerke konzipiert waren, müssen sie heute eine Vielzahl dezentraler Photovoltaik-Einspeiser integrieren. Dies bewirkt Rückspeisungen und verursacht Spannungsschwankungen. Das verlangt nicht nur technische Anpassungen, sondern auch neue Denkweisen im Netzbetrieb. Gleichzeitig steigt die Nachfrage durch Wärmepumpen, E-Mobilität und Digitalisierung. Netzverstärkungen und neue Steuerungstechniken werden erforderlich, um Netzengpässe zu vermeiden.

Der Gesetzgeber reagiert, indem er die Netzbetreiber zur Digitalisierung und Steuerung der Ortsnetzstationen durch §14a EnWG verpflichtet. Diese Investitionen in die Infrastruktur schlagen sich in steigenden Netzentgelte der Kunden nieder.

Die für den Ausbau erforderlichen Tiefbaukapazitäten sind aufgrund fehlenden Personals auf anstehende Projekte begrenzend.

Digitalisierung

Die sich aus der fortschreitenden Digitalisierung ergebenden Innovationsmöglichkeiten bindet das Unternehmen in zunehmendem Maße in seine Organisation ein. Die Digitalisierung lässt neue Chancen und Risiken entstehen. Sie wird einerseits durch ein verändertes Anspruchsverhalten der Kunden in das Unternehmen getragen und andererseits vom Gesetzgeber auferlegt. Hierzu zählt die Liberalisierung des Energiemarktes, der Ausbau der erneuerbaren Energien und das Smart Metering. Um diese Herausforderungen zu bewältigen ist die fortgesetzte Implementierung digitaler Technologien erforderlich. Gerade hierin liegen die Chancen, zu denen skalierbare IT-Plattformen, die Einrichtung digitaler Vertriebskanäle und darauf abgestimmte Produkte gehören.

Smart-Meter-Rollout

Dem Pflichtrollout der intelligenter Messsysteme (iMSys) kommt die Rheinhessische weiter nach. Die gesetzlich gedeckelten Preise für die iMSys stehen nicht im Verhältnis zu den tatsächlichen Kosten. Vor allem ein fehlender Zugang zum Mobilfunk gefährdet die Wirtschaftlichkeit.

Durch die Integration der iMSys ins Netzleitsystem bietet sich die Grundlage für die netzdienliche Steuerung. Erforderlich wird hier die vollumfängliche Integration aller netzdienlichen Daten in einer Plattform, um die Grundlage zur Überwachung und Fernsteuerung zu legen.

Herausforderung an eine sichere Lieferkette an die Logistik und die Knappheit an Fachkräften erschwert die Montage der iMSys.

Kommunikationstechnologien – Krisenkommunikation

Die Katastrophe im Ahrtal hat aufgezeigt, dass die herkömmlichen Mittel zur Kommunikation im Krisenfall nicht ausreichend waren. Mit der eigens für Energienetzbetreiber zur Verfügung gestellten Kommunikationstechnologie des 450 MHz-Funknetzes, die eine 72 Stunden Schwarzfallfestigkeit garantiert, werden wir unsere eigene Funkanlage ablösen und auf eine zukunftsfähige Technologie setzen, die für verschiedenste Anwendungen zum Tragen kommen wird.

Gesamtunternehmen

Die Rheinhessische wird große Anstrengungen unternehmen, um weiterhin die bisher schon hohe Versorgungszuverlässigkeit gegenüber ihren Kunden zu gewährleisten.

So sind in 2025 allein für den Ausbau von Sachanlagevermögen und immateriellen Anlagen Investitionen in Höhe von 6,8 Mio. € vorgesehen.

Die Rheinhessische verfügt über einen Maßnahmenkatalog, der die Zukunftssicherung des Unternehmens mit den lokalen Klimaschutzzielen in Einklang bringt und es in den jüngsten Wandel der Energiewirtschaft integriert. Eine wesentliche Notwendigkeit ist dabei, die traditionellen Geschäftsfelder des Unternehmens weiter in die neuen Maßstäbe der Energiewende zu überführen und auf den zeitlichen Anspruch der Digitalisierung anzupassen. Ein weiteres Kriterium zur wirtschaftlichen Stabilität und Nachhaltigkeit ist durch die Verlängerung aller Konzessionen für Strom und Gas in den Grundversorgungsgebieten erfüllt.

Gemessen an der auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Gesamtleistung des Unternehmens erwartet die Geschäftsführung ein Ergebnis auf dem Niveau von rund 3 Mio. €.

Ingelheim am Rhein, den 7. November 2025

RHEINHESSISCHE
Energie- und Wasserversorgungs-Gesellschaft
mit beschränkter Haftung

Martin Wunderlich ppa. Gehrig

Bilanz zum 31.12.2024

Aktiva

	2024		Vorjahr
	€	€	€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Baukostenzuschüsse, Software und Sonstige Nutzungsrechte		3.044.998,00	2.691.454,00
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	3.131.160,00		3.237.375,00
2. Technische Anlagen und Maschinen	36.608.379,00		36.645.577,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	553.916,00		517.358,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.943.159,16		1.008.847,00
		42.236.614,16	41.409.157,00
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	801.191,75		298.941,75
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	766.380,00		916.380,00
3. Beteiligungen und Genossenschaftsanteile	9.069.049,28		9.571.299,28
4. Sonstige Ausleihungen	0,00		0,00
		10.636.621,03	10.786.621,03
		55.918.233,19	54.887.232,03
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	908.613,75		1.017.491,65
2. Emissionsrechte	1.442.497,05		1.100.729,76
		2.351.110,80	2.118.221,41
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	14.161.612,49		14.244.874,82
2. Forderungen gegen Gesellschaftern	157,71		800.323,50
3. Forderung gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00		25.428,33
4. Forderung gegenüber Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	0,00		28.107,68
5. Sonstige Vermögensgegenstände	3.003.291,63		1.577.518,88
		17.165.061,83	16.676.253,21
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten			
		3.074.398,60	3.487.106,62
		22.590.571,23	22.281.581,24
C. Rechnungsabgrenzungsposten			
		236.494,84	228.069,70
Bilanzsumme		78.745.299,26	77.396.882,97

Passiva

	2024		Vorjahr
	€	€	€
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	14.000.000,00		14.000.000,00
II. Kapitalrücklage	511.291,88		511.291,88
III. Gewinnrücklagen			
1. Rücklage für Anlagenerhaltung	511.291,88		511.291,88
2. Andere Gewinnrücklagen	9.759.850,70		8.009.850,70
	10.271.142,58		8.521.142,58
IV. Bilanzgewinn	2.305.116,17		2.307.554,17
	27.087.550,63		25.339.988,63
B. Empfangene Ertragszuschüsse	7.097.268,00		7.194.912,00
C. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	469.000,00		571.000,00
2. Steuerrückstellungen	373.000,00		2.025.227,09
3. Sonstige Rückstellungen	9.017.551,95		10.043.587,88
	9.859.551,95		12.639.814,97
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	21.883.031,47		21.574.345,77
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.291.077,14		3.930.816,31
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	719.707,09		1.000.439,98
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	420.000,00		420.000,00
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	0,00		11.276,12
6. Sonstige Verbindlichkeiten			
a) Schuldscheindarlehen	2.511.636,75		2.841.966,33
b) Andere sonstige Verbindlichkeiten	3.650.815,27		2.223.447,16
- davon aus Steuern:			
2.355.107,78 € (Vorjahr: 96.919,49 €)			
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit:			
25.208,98 € (Vorjahr: 25.324,97 €)			
	34.476.267,72		32.002.291,67
E. Rechnungsabgrenzungsposten	224.660,96		219.875,70
Bilanzsumme	78.745.299,26		77.396.882,97

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01.01.2024 bis 31.12.2024

	2024			Vorjahr
	€	€	€	€
1. Umsatzerlöse		68.061.738,34		70.094.629,07
Strom- und Energiesteuer		-2.370.728,21		-2.491.011,29
		65.691.010,13		67.603.617,78
2. Andere aktivierte Eigenleistungen		356.650,94		365.381,60
3. Gesamtleistung		66.047.661,07		67.968.999,38
4. Sonstige betriebliche Erträge		4.284.365,83		4.356.319,12
		4.284.365,83		
		70.332.026,90		72.325.318,50
5. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	43.230.234,42			46.234.035,83
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.949.640,90			918.643,66
		45.179.875,32		47.152.679,49
6. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	7.064.311,55			6.556.174,21
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.856.200,39			1.678.688,81
- davon für Altersversorgung: 522.367,59 €/				
479.260,92 €		8.920.511,94		8.234.863,02
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		3.787.925,49		3.615.807,00
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		9.679.646,32		9.663.917,26
		67.567.959,07		68.667.266,77
9. Betriebsergebnis		2.764.067,83		3.658.051,73
10. Erträge aus Beteiligungen		3.053.395,35		1.548.425,85
11. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		86.615,89		99.257,55
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		143.169,22		145.970,79
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		338.543,12		343.105,68
14. Finanzergebnis		2.944.637,34		1.450.548,51
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		1.653.485,80		2.337.488,66
16. Ergebnis nach Steuern		4.055.219,37		2.771.111,58
17. Sonstige Steuern		7.657,37		7.715,35
18. Jahresüberschuß		4.047.562,00		2.763.396,23
19. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		7.554,17		14.157,94
20. Einstellung in die Anderen Gewinnrücklagen		1.750.000,00		470.000,00
21. Bilanzgewinn		2.305.116,17		2.307.554,17

Anhang

der Rheinhessische Energie und Wasserversorgungs- Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Ingelheim am Rhein, für das Geschäftsjahr 2024

I. Erläuterungen zum Jahresabschluss

1. Allgemeine Erläuterungen

Der Jahresabschluss der Rheinhessische Energie- und Wasserversorgungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Ingelheim am Rhein (Amtsgericht Mainz, HRB 21115) ist nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des GmbH-Gesetzes sowie des Energiewirtschaftsgesetzes erstellt. Es gelten gemäß § 267 Abs. 3 HGB die Bestimmungen für große Kapitalgesellschaften, nach denen der Jahresabschluss, wie im Vorjahr, aufgestellt wurde.

Das Gliederungsschema der Bilanz ist gemäß § 265 Abs. 5 und 6 HGB um Besonderheiten in der Versorgungswirtschaft erweitert. Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgte gemäß § 275 HGB nach dem Gesamtkostenverfahren.

Die Wertansätze der Eröffnungsbilanz des Geschäftsjahres stimmen mit denen in der Schlussbilanz des vorangegangenen Geschäftsjahres überein.

Der Jahresabschluss berücksichtigt die – mit den Gremien abgestimmte – vorgeschlagene Gewinnverwendung.

Der Anhang wurde teilweise in T€ aufgestellt.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind gegenüber dem Vorjahr grundsätzlich unverändert.

Eine Ausnahme davon bildet die aufgrund einer erfolgten SAP-Umstellung erforderlich gewordene Anpassung des bestehenden Kontenplans. Seit der Umstellung sind die Forderungen gegen Gesellschafter in den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten und werden nicht mehr separat in der Bilanz ausgewiesen.

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungskosten erfasst und linear, entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer, abgeschrieben.

Das Sachanlagevermögen ist mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten und, soweit abnutzbar, unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen bewertet.

Die Herstellungskosten umfassen neben den Einzelkosten auch Material- und Fertigungsgemeinkosten sowie planmäßige Abschreibungen. Gemeinkosten und Abschreibungen sind auf

Basis, der bei normaler Beschäftigung und unter wirtschaftlichen Bedingungen anfallenden Kosten, ermittelt. Zinsen auf Fremdkapital werden nicht in die Herstellungskosten einbezogen.

Den planmäßigen, nach der linearen bzw. degressiven Methode ermittelten Abschreibungen liegen die betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern zwischen einem und 50 Jahren zugrunde. Die Bewertungsmöglichkeit, zum Übergang von der degressiven auf die lineare Abschreibungsmethode, wurde genutzt.

Die Abschreibungen auf neu angeschaffte bzw. hergestellte Sachanlagen werden linear vorgenommen. Soweit für Vorjahre steuerlich abweichende Abschreibungsmethoden und Wertansätze gewählt wurden, sind diese für die bis zum 31. Dezember 2009 angeschafften bzw. hergestellten Anlagegüter beibehalten und fortgeführt worden.

Abnutzbare bewegliche geringwertige Anlagegegenstände bis zu 250,00 € wurden voll abgeschrieben.

Anlagegüter mit Anschaffungskosten über 250,00 € und bis 1.000,00 € sind analog zu § 6 Abs. 2 EStG aus Vereinfachungsgründen in einen Sammelposten eingestellt worden, der gleichmäßig über den Zeitraum von fünf Jahren abgeschrieben wird.

Finanzanlagen sind mit Anschaffungskosten bewertet. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB bei voraussichtlich dauernder Wertminderung auf den am Abschlussstichtag niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben. Von dem Wahlrecht des § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB, Finanzanlagen auch bei nur vorübergehender Wertminderung auf den niedrigeren beizulegenden Wert abzuschreiben, wird kein Gebrauch gemacht.

Die in den Vorräten enthaltenen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind zu fortgeschriebenen durchschnittlichen Einstandspreisen oder, unter Beachtung des Niederstwertprinzips, zu niedrigeren Zeitwerten bewertet. Für Lager- und Verwertungsrisiken wurden gestaffelte Abschläge im angemessenen Umfang vorgenommen. Die im Vorratsvermögen ausgewiesenen Emissionsrechte sind mit ihren Anschaffungskosten aktiviert.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zu Nominalbeträgen angesetzt. Der Bilanzansatz der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen für die nicht zum Bilanzstichtag abgerechneten Energie- und Wasserabsätze wurde auf den Bilanzstichtag im Wege der Jahresverbrauchsabgrenzung hochgerechnet. Alle erkennbaren Einzelrisiken werden bei der Bewertung berücksichtigt. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind um angemessene Pauschalwertberichtigungen (3 %) vermindert.

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten sind zu Nennwerten bilanziert.

Latente Steuern werden für zeitliche Unterschiede zwischen den handels- und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten ermittelt. Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt auf Basis des kombinierten Ertragssteuersatzes von aktuell 27 %. Im Geschäftsjahr 2024 ergab sich insgesamt ein aktiver Überhang an latenten Steuern. Dieser wurde entsprechend § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht aktiviert.

Die gemäß den Allgemeinen Versorgungsbedingungen (AVB) erhobenen Baukostenzuschüsse wurden als empfangene Ertragszuschüsse passiviert und analog zur Abschreibung der zugrunde liegenden Vermögensgegenstände zugunsten der Umsatzerlöse aufgelöst.

Die Rückstellung für mittelbare Pensionsverpflichtungen wurde ausgehend von den jährlichen Sanierungsaufwendungen mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz (1,22 %, Vorjahr: 1,06 %) der vergangenen zehn Geschäftsjahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 3 Jahren (Vorjahr: 4 Jahren) bewertet. Des Weiteren wurde für künftig erwartete Entgeltsteigerungen bei der Ermittlung der Verpflichtungen ein Gehaltstrend von 2,7 % p. a. (Vorjahr: 2,7 %) berücksichtigt.

Der Unterschiedsbetrag zwischen der Bewertung der Rückstellung nach Maßgaben des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und dem Ansatz der Rückstellung nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren beträgt -3 T€ (Vorjahr: -1 T€).

Die Sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren bilanzierungspflichtigen Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten. Soweit Aufwendungen wahrscheinliche aber ihrem Eintrittszeitpunkt nach unbestimmte Verpflichtungen gegenüber Dritten darstellen, werden sie bei den sonstigen Rückstellungen bilanziert.

Die Bewertung erfolgt in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages auf Vollkostenbasis. Künftige Preis- und Kostensteigerungen wurden bei der Ermittlung der Rückstellungen berücksichtigt.

Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre, der von der Deutschen Bundesbank zum Bilanzstichtag ermittelt wurde, abgezinst.

Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag passiviert. Die Fristigkeiten ergeben sich aus der Anlage zum Anhang.

3. Erläuterungen zur Bilanz

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist in der Anlage zum Anhang dargestellt.

An der, unter den verbundenen Unternehmen ausgewiesenen, Gesellschaft Rheinhessische Windpark Beteiligungs GmbH & Co. KG, Ingelheim (Festkapital 10 T€) bestehen Anteile von 60 %. Der geprüfte Jahresabschluss der Rheinhessische Windpark Beteiligungs GmbH & Co. KG weist zum 31. Dezember 2024 einen Jahresüberschuss von 507 T€ aus.

Des Weiteren ist unter den verbundenen Unternehmen mit 278 T€ eine 100 % Beteiligung an der ISW Ingelheimer Solar- & Windenergie GmbH, Ingelheim ausgewiesen. Diese weist zum 31. Dezember 2024 bei einem Eigenkapital von 192 T€ einen Jahresüberschuss von 15 T€ aus.

Die Ausleihungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von 766 T€ (Vorjahr: 916 T€) betreffen die Rheinhessische Windpark Beteiligungs GmbH & Co. KG.

Unter dem Posten Beteiligungen sind Anteile von 49 % an der Bingen Netz GmbH & Co. KG, Bingen (Festkapital 100 T€) ausgewiesen. Der geprüfte Jahresabschluss der Gesellschaft weist zum 31. Dezember 2024 einen Jahresüberschuss von 18 T€ aus.

Weiterhin hält die Rhein Hessische Minderheitsbeteiligungen von 0,74 % an der KOM9 GmbH & Co. KG, Freiburg im Breisgau, von 0,87 % an der Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, München, und in geringem Maße Genossenschaftsanteile. Der Ansatz erfolgte jeweils zu Anschaffungskosten. Die Ausleihungen sind mit ihren Nominalbeträgen bilanziert.

Die Vorräte beinhalten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in Höhe von 909 T€ (Vorjahr: 1.017 T€) und Emissionsrechte von 1.442 T€ (Vorjahr: 1.001 T€).

In den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen in Höhe von 17.165 T€ (Vorjahr: 16.676 T€) sind – wie im Vorjahr – keine Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr enthalten.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten in Höhe von 611 T€ Forderungen gegen Gesellschafter (Vorjahr: 800 T€). Sie resultieren aus Lieferungen und Leistungen sowie der Endabrechnung der Konzessionsabgabe. Forderungen gegen verbundene Unternehmen betrafen im Vorjahr in voller Höhe von 25 T€ die Endabrechnung der Einspeisevergütung der ISW Ingelheimer Solar- & Windenergie GmbH für 2023. Zum Bilanzstichtag bestehen keine Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Die sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von 3.003 T€ (Vorjahr: 1.578 T€) beinhalten im Wesentlichen mit 1.245 T€ Steuer-Erstattungsansprüche (Vorjahr: 1.057 T€), mit 1.102 T€ Forderungen aus Mehr-/Mindermengenabrechnungen (Vorjahr: 325 T€) und mit 616 T€ (Vorjahr: 0 T€) geleistete Abschläge und sonstige Anzahlungen.

Die aktive Rechnungsabgrenzung beinhaltet mit 225 T€ (Vorjahr: 214 T€) an die Bingen Netz GmbH & Co. KG weitergeleitete Hausanschlusskostenerstattungen.

Die Gesellschaft weist gemäß Gesellschaftsvertrag ein gezeichnetes Kapital von 14.000.000,00 € aus. Der Bilanzgewinn beinhaltet einen Gewinnvortrag in Höhe von 7.554,17 € (Vorjahr: 14.157,94 €).

Die Gesellschaft ist Mitglied bei der Zusatzversorgungskasse Darmstadt. Von der Zusatzversorgungskasse wird aufgrund der bestehenden Deckungslücke ein Sanierungsgeld in Höhe von 2,3 % p. a. des beitragspflichtigen Entgeltes erhoben. Die Rhein Hessische hat für diese mittelbare Verpflichtung eine Rückstellung für Pensionsverpflichtungen gebildet. Diese beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 469 T€ (Vorjahr: 571 T€).

Die Steuerrückstellungen betreffen Körperschaftsteuer einschließlich Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer.

Die sonstigen Rückstellungen in Höhe von 9.018 T€ (Vorjahr: 10.044 T€) beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für Emissionszertifikate (1.608 T€, Vorjahr: 1.127 T€), für energiewirtschaftliche Risiken (448 T€, Vorjahr: 448 T€), ausstehende Rechnungen (136 T€, Vorjahr: 197 T€) sowie

Verpflichtungen aus dem Personalbereich (935 T€, Vorjahr: 832 T€) wie auch dem Bezug von Strom und Gas (4.952 T€, Vorjahr: 6.750 T€).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter betreffen mit 720 T€ Darlehen (Vorjahr: 931 T€).

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 420 T€ (Vorjahr: 420 T€) beinhalten insbesondere Verbindlichkeiten aus Auszahlungen aus dem Gesellschafterkonto der Rheinhessische Windpark Beteiligungs GmbH & Co. KG.

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten sind in der Anlage zum Anhang dargestellt.

Die passive Rechnungsabgrenzung beinhaltet mit 225 T€ (Vorjahr: 213 T€) vereinnahmte Hausanschlusskostenerstattungen für die Bingen Netz GmbH & Co. KG.

4. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Von den Umsatzerlösen entfallen auf die:

Stromversorgung	T€	33.604
abzüglich Stromsteuer	T€	1.371
	T€	32.233
Gasversorgung	T€	25.021
abzüglich Erdgassteuer	T€	1.000
	T€	24.021
Wasserversorgung	T€	5.856
Wärmeversorgung	T€	2.101
Dienstleistungs-, Installations- und übrige Erlöse	T€	1.480
	T€	65.691

Die Umsatzerlöse enthalten Auflösungen der Empfangenen Ertragszuschüsse von 363 T€ (Vorjahr: 370 T€).

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten Erstattungen für die Aufnahme und Weiterleitung von Strom aus erneuerbaren Energien (3.752 T€, Vorjahr: 3.887 T€), Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (311 T€, Vorjahr: 268 T€), Buchgewinne aus Anlagenabgängen (18 T€, Vorjahr: 18 T€), Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen (17 T€, Vorjahr: 23 T€) und andere sonstige Erträge (213 T€, Vorjahr: 152 T€).

Die Erlöse und Erträge beinhalten periodenfremde Anteile in Höhe von 0,5 Mio. € (Vorjahr: 0,3 Mio. €), davon 0,3 Mio. € (Vorjahr: 0,3 Mio. €) aus der Auflösung von Rückstellungen.

Der Materialaufwand enthält im Wesentlichen Aufwendungen für den Energie- und Wasserbezug sowie die auf vorgelagerte Netzebenen entfallenden Kosten für den Energietransport.

Aus dem Strombezug für die Jahre 2025 bis 2028 ergibt sich ein Bestellobligo von 18,3 Mio. € (Vorjahr: 25,0 Mio. €), aus dem Gasbezug der Jahre 2025 bis 2028 von 22,1 Mio. € (Vorjahr: 32,3 Mio. €).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 9.680 T€ (Vorjahr: 9.664 T€) beinhalten hauptsächlich Aufwendungen für die Aufnahme von Strom aus erneuerbaren Energien in Höhe von 3.719 T€ (Vorjahr: 3.878 T€), Konzessionsabgaben in Höhe von 2.041 T€ (Vorjahr: 2.069 T€), Vertragsdienste 155 T€, (Vorjahr: 148 T€) sowie Sachaufwendungen für Verwaltung und Betrieb und andere sonstige Aufwendungen 3.765 T€ (Vorjahr: 3.569 T€).

Die Aufwendungen beinhalten periodenfremde Anteile in Höhe von 0,2 Mio. € (Vorjahr: 0,3 Mio. €), insbesondere aus Anlageabgängen und Abrechnungen für Vorjahre.

Das Finanzergebnis enthält neben den Beteiligungserträgen von 3.053 T€ (Vorjahr: 1.548 T€) die Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens von 87 T€ (Vorjahr: 99 T€) und das negative Zinsergebnis von 196 T€ (Vorjahr: 197 T€). Es entstanden Zinsaufwendungen gegenüber einem Gesellschafter von 26 T€ (Vorjahr: 33 T€).

Die Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens enthalten in voller Höhe Zinserträge aus verbundenen Unternehmen.

II. Beziehungen zu Unternehmensorganen

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Aufsichtsrates beliefen sich auf 42 T€. Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführer unterbleiben unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB.

Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft gehörten in 2024 folgende Personen an:

Ralf Claus, Ingelheim am Rhein, Vorsitzender,
Oberbürgermeister der Stadt Ingelheim am Rhein

Dr. Constantin H. Alsheimer, München, stellvertretender Vorsitzender,
Vorstandsvorsitzender der Thüga Aktiengesellschaft, München

Stadtratsmitglied Dominik Brill, Ingelheim am Rhein, Landesbeamter (ab 07.10.2024)

Martin Gehringer, Neubiberg, Referent Vertrieb, Thüga Aktiengesellschaft, München

Stadtratsmitglied Rolf Henrich, Ingelheim am Rhein, IT-Techniker

Stadtratsmitglied Melani Pelaez Jara, Ingelheim am Rhein, Politikwissenschaftlerin (ab 07.10.2024)

Stadtratsmitglied Norbert Külzer, Ingelheim am Rhein, Elektroingenieur (bis 06.10.2024)

Stadtratsmitglied Sascha Lakinger, Ingelheim am Rhein, Coach

Dr. Florian Pfeifle, München, Rechtsanwalt, Thüga Aktiengesellschaft, München

Marcel Rauschenbach, Berlin, Diplom-Ökonom, Thüga Aktiengesellschaft, München

Stadtratsmitglied Michael Julius Schwarz, Ingelheim am Rhein, Jurist

Stadtratsmitglied Sybille Vogt, Ingelheim am Rhein, Bankkauffrau

Stadtratsmitglied Jörg Wirtz, Ingelheim am Rhein, Verfahrenstechnikingenieur (bis 06.10.2024)

als ständiger Gast:

Arbeitnehmersvertreter René Jacobi, Kirchberg, Elektrotechnikermeister

Zu Geschäftsführern sind bestellt:

Diplom-Ingenieur Maik Thum, Bingen

Diplom Betriebswirt (FH) Martin Wunderlich, Halsenbach

III. Beschäftigungszahlen und Arbeitnehmergruppen

Im Geschäftsjahr 2024 waren durchschnittlich beschäftigt (ohne Geschäftsführer):

	Anzahl
Angestellte	76
Arbeiter	22
Auszubildende	5
Insgesamt	103

Die Mitarbeiter werden nach dem Tarifvertrag Versorgungsbetriebe (TV-V) vergütet.

IV. Vorschlag zur Gewinnverwendung

Es wird vorgeschlagen aus dem Jahresüberschuss von 4.047.562,00 € und aus dem Gewinnvortrag von 7.554,17 € insgesamt 2.300.000,00 € auszuschütten, 1.750.000 € in die Anderen Gewinnrücklagen einzustellen und den Rest von 5.116,17 € auf neue Rechnung vorzutragen.

V. Sonstige Angaben

Geschäfte größeren Umfangs im Sinne des § 6b Abs. 2 EnWG wurden im Geschäftsjahr nicht getätigt.

Im Abschluss sind Honorare für Abschlussprüfungsleistungen für das Geschäftsjahr 2024 in Höhe von 63 T€ enthalten, davon entfallen auf die Jahresabschlussprüfung 37 T€ und auf andere Bestätigungsleistungen 26 T€.

VI. Nachtragsbericht

Es ergaben sich keine Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag.

Ingelheim am Rhein, den 7. November 2025

RHEINHESSISCHE
Energie- und Wasserversorgungs-Gesellschaft
mit beschränkter Haftung

Martin Wunderlich ppa. Gehrig

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2024

Anschaffungs- und Herstellungskosten

	Vortrag 01.01.2024	Überleitung	Zugänge	U Ug	Um buchung Um gliederung	Abgänge	Stand 31.12.2024
I. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. Baukostenzuschüsse, Software und sonstige Nutzungsrechte	11.708.432,00	-25.565,00	611.785,88	U	525.785,00	13.492,00	12.806.945,88
II. Sachanlagen							
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	15.750.097,00	-320.957,00	60.887,93	U	40.386,00	34,00	15.530.379,93
2. Technische Anlagen und Maschinen	133.610.213,00	-1.217.198,00	2.374.608,13	U	179.146,00	1.037.225,61	133.909.543,52
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.761.379,00	0,00	255.541,55		0,00	39.365,00	3.977.555,55
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.008.847,00	0,00	1.744.364,16	U	-745.317,00	64.735,00	1.943.159,16
Sachanlagen insgesamt:	154.130.536,00	-1.538.155,00	4.435.401,77	U	-525.785,00	1.141.359,61	155.360.638,16
III. Finanzanlagen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	298.941,75	0,00	0,00	Ug	502.250,00	0,00	801.191,75
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	916.380,00	0,00	0,00		0,00	150.000,00	766.380,00
3. Beteiligungen und Genossenschaftsanteile	9.571.299,28	0,00	0,00	Ug	-502.250,00	0,00	9.069.049,28
4. Sonstige Ausleihungen	0,00	0,00	0,00		0,00	0,00	0,00
Finanzanlagen insgesamt:	10.786.621,03	0,00	0,00		0,00	150.000,00	10.636.621,03
Anlagevermögen insgesamt:	176.625.589,03	-1.563.720,00	5.047.187,65		0,00	1.304.851,61	178.804.205,07

Beträge in Euro

Wertberichtigungen

Buchwerte

Vortrag	Überleitung	Abschreibungen	U Umbuchung UG Umgliederung	Abgänge	Stand	Stand	Stand
01.01.2024		des Geschäftsjahres			31.12.2024	31.12.2024	31.12.2023
9.016.978,00	-25.565,00	770.534,88	0,00	0,00	9.761.947,88	3.044.998,00	2.691.454,00
12.512.722,00	-320.957,00	207.454,93	0,00	0,00	12.399.219,93	3.131.160,00	3.237.375,00
96.964.636,00	-1.217.198,00	2.590.952,13	0,00	1.037.225,61	97.301.164,52	36.608.379,00	36.645.577,00
3.244.021,00		218.983,55	0,00	39.365,00	3.423.639,55	553.916,00	517.358,00
0,00		0,00	0,00	0,00	0,00	1.943.159,16	1.008.847,00
112.721.379,00	-1.538.155,00	3.017.390,61	0,00	1.076.590,61	113.124.024,00	42.236.614,16	41.409.157,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	801.191,75	298.941,75
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	766.380,00	916.380,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	9.069.049,28	9.571.299,28
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	10.636.621,03	10.786.621,03
121.738.357,00	-1.563.720,00	3.787.925,49	0,00	1.076.590,61	122.885.971,88	55.918.233,19	54.887.232,03

Beträge in Euro

Verbindlichkeiten zum 31.12.2024

Bilanzposition

	Gesamtbetrag	davon mit einer Restlaufzeit von		
		bis zu einem Jahr	1 bis 5 Jahren	mehr als 5 Jahren
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (im Vorjahr)	21.883.031,47 (21.574.345,77)	1.740.875,08 (1.678.157,09)	6.559.896,63 (6.334.852,51)	13.582.259,76 (13.561.336,17)
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistung (im Vorjahr)	5.291.077,14 (3.930.816,31)	5.291.077,14 (3.930.816,31)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter (im Vorjahr)	719.707,09 (1.000.439,98)	217.538,17 (280.732,89)	502.168,92 (719.707,09)	0,00 (0,00)
4. Verbindlichkeiten gegenüber verb. Unternehmen (im Vorjahr)	420.000,00 (420.000,00)	420.000,00 (420.000,00)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis (im Vorjahr)	0,00 (11.276,12)	0,00 (11.276,12)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)
6. Sonstige Verbindlichkeiten (im Vorjahr)	6.162.452,02 (5.065.413,49)	3.959.327,70 (2.553.776,70)	1.154.184,72 (1.179.603,57)	1.048.939,60 (1.332.033,22)
Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten: (im Vorjahr)	34.476.267,72 (32.002.291,67)	11.628.818,09 (8.874.759,11)	8.216.250,27 (8.234.163,17)	14.631.199,36 (14.893.369,39)

Beträge in Euro

Die Zahlen in Klammern betreffen das Vorjahr.

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Rhein Hessische Energie- und Wasserversorgungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Ingelheim am Rhein

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der **Rhein Hessische Energie- und Wasserversorgungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Ingelheim am Rhein**, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Rhein Hessische Energie- und Wasserversorgungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Ingelheim am Rhein, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder

Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Vermerk über die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG

Prüfungsurteile

Wir haben geprüft, ob die Gesellschaft ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 eingehalten hat. Darüber hinaus haben wir die Tätigkeitsabschlüsse für die Tätigkeiten Stromverteilung und Gasverteilung sowie Messstellenbetrieb nach § 6b Abs. 3 Satz 1 EnWG sowie § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG – bestehend jeweils aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie die als Anlage beigefügten Angaben zu den Rechnungslegungsmethoden für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse – geprüft.

- Nach unserer Beurteilung wurden die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten.
- Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entsprechen die beigefügten Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG und des § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Führung getrennter Konten und der Tätigkeitsabschlüsse in Übereinstimmung mit § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtung des IDW-Prüfungsstandards: Prüfung nach § 6b Energiewirtschaftsgesetz (IDW PS 610 n. F. (07.2021)) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG“ weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt.

Wir wenden als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Anforderungen des IDW Qualitätsmanagementstandards: Anforderungen an das Qualitätsmanagement in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QMS1(09.2022)) an. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten. Die gesetzlichen Vertreter sind auch verantwortlich für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse nach den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachtet haben, um die Pflichten zur Führung getrennter Konten einzuhalten.

Die Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass der jeweilige Tätigkeitsabschluss kein unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Tätigkeit zu vermitteln braucht.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten der Gesellschaft nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG


Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen,

- ob die gesetzlichen Vertreter ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten haben und
- ob die Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG und des § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG entsprechen.

Ferner umfasst unsere Zielsetzung, einen Vermerk in den Bestätigungsvermerk aufzunehmen, der unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG beinhaltet.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten umfasst die Beurteilung, ob die Zuordnung der Konten zu den Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 4 EnWG sowie § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt ist und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

Unsere Verantwortung für die Prüfung der Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“



hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass wir für den jeweiligen Tätigkeitsabschluss keine Beurteilung der sachgerechten Gesamtdarstellung vornehmen können.

Bonn, 7. November 2025

RSM Ebner Stolz GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Torten Janßen
Wirtschaftsprüfer

Martin Theis
Wirtschaftsprüfer